

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Bemerkenswerter Auftritt in Davos: "Wir erleben gerade einen tiefen Riss"](#)
2. [Transatlantische Beziehungskrise mit den USA: Wenn der Beschützer zum Aggressor wird](#)
3. [Der Drang der US-Milliardäre zur Weltmacht](#)
4. [„USA brauchen stetigen Strom an internationalem Kapital“ – Unsinn vom Handelsblatt](#)
5. [Voodoo-Ökonomik aus Kiel](#)
6. [Soll man Merz trauen? Russland-Signale, europäische Orientierungslosigkeit und britische Nüchternheit.](#)
7. [MERZOSUR](#)
8. [Europa hat den Gaslieferanten gewechselt – nicht die Abhängigkeit](#)
9. [Der Schock des Entzugs](#)
10. [Armut ist eine Systemfrage: Ein Gefühl von Ausschluss](#)

Vorbemerkung: Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Bemerkenswerter Auftritt in Davos: "Wir erleben gerade einen tiefen Riss"**
Kanadas Premier spricht in Davos von einer Welt in Auflösung. Er zeichnet ein düsteres Bild von der internationalen Ordnung – und fordert zugleich ein radikales

Umdenken. [...]

“Wir wussten insgeheim, dass die regelbasierte Ordnung von Politik ein Stück weit Augenwischerei war. Uns war klar, dass der Stärkste innerhalb dieser Ordnung sich nicht mehr an die Regeln halten würde, sobald es ihm passte. Die Globalisierung hatte von Anfang an eine Unwucht. Und auch das internationale Strafrecht ist mal mehr, mal weniger rigoros angewandt worden – abhängig davon, wer gerade angeklagt war.” Carneys Rede klang im Grunde wie eine Selbstanklage der liberalen Demokratie. Unter wohlklingenden Etiketten wie ‘regelbasierte Ordnung’ und ‘globaler Handel’ habe man sich lange Zeit etwas vorgemacht. Diese Erzählung sei nützlich gewesen, denn davon hätten viele Nationen und Volkswirtschaften profitiert. Doch diese Erzählung, so Kanadas Premier, sei nur ein Fantasma gewesen, ein Hilfskonstrukt, an das man allzu gern geglaubt habe. “Wir haben uns immerzu davor gedrückt, die Widersprüche zwischen unserer Rhetorik und der Wirklichkeit zu benennen. Doch dieser Kuhhandel funktioniert nicht mehr”.

Quelle: [t-online](#)

dazu: **The best and most surprising part of Carney’s speech is that he didn’t pretend there was a “rules-based international order” until Trump came and ended it.**

He admitted the claim was always a fraud, but that the EU, UK and Canada affirmed the lie because it benefited them.

Quelle: [Glenn Greenwald via Twitter/X](#)

2. Transatlantische Beziehungskrise mit den USA: Wenn der Beschützer zum Aggressor wird

Donald Trump verfolgt seine Grönland-Politik, ohne Rücksicht auf die NATO. Was bleibt vom westlichen Bündnis übrig, wenn Dänemark das Territorium aufgeben muss? Und was heißt das für die transatlantische Identität Deutschlands? [...]

Die mutmaßlich entscheidende Bruchstelle für die transatlantische Identität aber ist die Zukunft Grönlands. Aktivitäten der Bundesregierung lassen vermuten, dass sie weiter darauf setzt, als europäischer Klassenbester Juniorpartner der USA zu bleiben. Dafür muss sie Trumps Welt hinnehmen, in der sich eine Politik der Stärke in ihrer übelsten Form Geltung verschafft.

Merz muss sich entscheiden: für oder gegen Trump

War eine wohlmeinende US-Hegemonie für die Bundesrepublik allzeit willkommen, droht nun ein brachiales Vasallentum, in dem der deutsche Kanzler ein persönliches Treueverhältnis zu seinem mächtigen Schutzherrn eingehen muss. Der Griff nach Grönland zeigt, wozu der fähig ist.

Quelle: [der Freitag](#)

dazu: **Europa gegen Trump: Politische Macht gibt es nur durch wirtschaftliche Unabhängigkeit**

Donald Trump hat zu Beginn seiner Amtszeit mit dem Anspruch der amerikanischen Regierung auf „balanced trade“ viel politischen Wirbel verursacht, aber im Kern ein Anliegen verfolgt, das durchaus rational war (wie u. a. hier gezeigt). Nun hat er weit überzogen. Mit seiner Drohung, noch höhere Zölle gegen genau die europäischen Länder zu erheben, die Grönlands Unabhängigkeit offen unterstützen, hat er den Boden der Rationalität verlassen.

Einige Europäer haben offenbar verstanden, dass sie sich nun endlich emanzipieren müssen, wenn sie ernstgenommen werden wollen. Der französische Präsident will eine wirtschaftliche Bazooka einsetzen, die allerdings vorwiegend aus Handelsmaßnahmen besteht. Die Kommission redet immerhin über ein europäisches Zollpaket, da es nun nicht mehr zu einer Ratifizierung der mit Trump ursprünglich ausgehandelten Zollvereinbarungen kommen wird, bei denen ein pauschaler Zoll von 15 Prozent auf europäische Importe ohne europäische Gegenmaßnahmen vorgesehen war.

Doch Zölle allein sind zu kurz gedacht.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

dazu auch: **Nouripour erklärt Illner, warum es keine Sanktionen gegen die USA geben wird**

Wirklich bemerkenswert an dieser Talkrunde war indes der Auftritt eines anderen Grünen. In entwaffnender Offenheit legte Omid Nouripour für die gesamte Politikerkaste Deutschlands einen Offenbarungseid ab. Und das kam so:

Ungefähr nach 9 Minuten und 40 Sekunden fragte die Gastgeberin:

“Wenn Sie das so deutlich sagen, wenn die USA also da Völkerrecht brechen, ist das etwas anderes, als wenn Putin Völkerrecht bricht? Müsste man nicht Sanktionen gegen Washington überlegen?”

Hier die Antwort Nouripours:

“Äh, be, dede ... im Sinne des Rechts ist es zwingend dasselbe. Aber es geht ja eben nicht nur um Recht, es geht natürlich auch um Politik. Es geht auch natürlich darum, dass wir Abhängigkeiten haben, die wir bei Putin hatten, die wir innerhalb von einem halben Jahr geschafft haben, im Energiebereich abzubauen, aber die wir bei den Amerikanern in der Geschwindigkeit nicht abbauen. Wir können darüber reden, was das bedeutet für unsere Sicherheit, weil wir militärisch abhängig sind. Wir können darüber reden, dass wir technologisch massiv abhängig sind. Wir können aber auch darüber reden, dass wir keine einzige Firma haben in Europa, die eine Kreditkarte

anbietet. Das gesamte Zahlungsmechanismus, äh, Zahlenmechanismensystem in Europa, es sei denn, wir gehen mit einer EC-Karte zur Sparkasse, ist amerikanisch: von PayPal über Kreditkarten. Wir sind massiv abhängig und dementsprechend ist das eine ganz andere Art von Bedrohung."

Nicht, dass wir das nicht bereits wussten, dass Deutschland und Europa nur gegenüber Schwächeren den "gerechten" Richter und den gnadenlosen Henker markieren können.

Quelle: [RT DE](#)

und: **Handelskrieg gegen die USA? Träumt weiter**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

3. **Der Drang der US-Milliardäre zur Weltmacht**

Die Bundesregierung hält sich eine Teilnahme an dem „Board of Peace“ offen, das offiziell den Wiederaufbau des Gazastreifens lenken soll, dabei aber von US-Präsident Donald Trump mit diktatorischen Vollmachten geführt wird und nach verbreiteter Einschätzung die Vereinten Nationen ersetzen soll. Trump wird das neue Gremium übereinstimmenden Berichten zufolge am Mittwoch auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos vorstellen und die rund 60 Staaten benennen, die er als Mitglieder zulassen will. Einerseits soll es tatsächlich den Gaza-Wiederaufbau steuern, bei dem Palästinenser lediglich im Rahmen der lokalen Verwaltung praktische Aufgaben übernehmen dürfen, während die politische Steuerung ausschließlich fremden Regierungen und Milliardären obliegt. Von einer neuen Mandats Herrschaft, diesmal aber nicht aus London geführt, sondern aus Washington, ist die Rede. Dabei ist der Vorsitz im „Board of Peace“ – im Kern lebenslänglich – für Trump persönlich reserviert, der nach Belieben Mitglieder hinauswerfen und Entscheidungen per Veto verhindern kann. Das Gremium soll „Institutionen“ ersetzen, die „allzu oft gescheitert“ sind – die UNO. Frankreich lehnt die Mitgliedschaft ab, Deutschland nicht.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

4. **„USA brauchen stetigen Strom an internationalem Kapital“ - Unsinn vom Handelsblatt**

Zur Ergänzung meines gestrigen Papiers über die Macht der Notenbanken, muss ich anmerken, dass das nicht vorhandene Wissen um die makroökonomischen Zusammenhänge immer tollere Blüten in Sachen Sanktionierung der USA hervorbringt.

Das Handelsblatt glaubt, „im Panzer der Wirtschaftsgroßmacht USA (klaffe) eine Lücke: die ausufernden Staatsschulden, für deren Deckung die US-Regierung einen stetigen Strom an internationalem Kapital braucht.“ Das ist falsch.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

dazu: **Die Notenbanken beherrschen die Kapitalmärkte - in den USA und in Europa**

(Ich danke Erik Münster für seine Hilfe)

Es gibt immer wieder die Beobachtung von Lesern, die sagen, ich müsse doch zur Kenntnis nehmen, dass die langfristigen Zinsen derzeit keineswegs den von der Notenbank gesetzten kurzfristigen folgen, wie ich das normalerweise unterstelle. Man verweist z. B. darauf, dass die langfristigen Zinsen aktuell in Deutschland tendenziell sogar steigen, während die kurzfristigen von der EZB klar gesenkt worden sind. Auch wird derzeit heiß diskutiert, ob man nicht die USA finanziell ruinieren kann, wenn man dort nicht mehr „investiert“ oder gar Anlagen, die dort gehalten werden, auflöst. Vorsicht! Wer die globalen Zusammenhänge der Kapitalmärkte und die Macht der Notenbanken nicht durchschaut, verbrennt sich ganz schnell ganz fürchterlich die Finger.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

5. **Voodoo-Ökonomik aus Kiel**

Der Kieler Ökonom Moritz Schularick macht immer wieder mit ungewöhnlichen Vorschlägen auf sich aufmerksam. Mal sollen drastisch erhöhte Militärausgaben die Wirtschaft retten und den Wohlstand steigern, mal ist dafür eine unentgeltliche Arbeitszeitverlängerung zwingend erforderlich. Mit seriöser Ökonomik hat das wenig zu tun. [...]

Militärausgaben haben als unreproduktive Ausgaben zwar die oben beschriebenen kurzfristigen Effekte, aber damit endet ihre Wirkung. Bei reproduktiven Ausgaben etwa für Maschinen, Produktionsanlagen, Werkzeuge oder für Infrastruktur dagegen bleibt es nicht bei dieser ersten Runde: Sie entfalten vielmehr in zweiter Runde ihre entscheidenden langfristigen Wirkungen in Form von Produktivitäts- und Wachstumssteigerungen. Die Volkswirtschaft profitiert davon viele Jahre. [...]

Schularick fasste seine Position laut Handelsblatt kurz und knapp so zusammen: „Rüstungsinvestitionen sind Wachstumstreiber.“ Eine solche Behauptung lässt sich durch nichts seriös begründen.

Quelle: [Makroskop](#)

Anmerkung unseres Lesers J.H.: Ärgerlich ist, dass Schularick mit seinen Forderungen nicht nur omnipräsent in den Medien ist, sondern auch politisch einflussreich. Als Mitglied einer vierköpfigen Ökonomen Gruppe legte er den Grundstein für den Teil der Reform der Schuldenbremse der praktisch eine

unbegrenzte Erhöhung der Militärausgaben erlaubt. Und jetzt sollen wir auch noch alle unbezahlt zehn Prozent mehr arbeiten. Der Irrsinn kennt keine Grenzen.

6. **Soll man Merz trauen? Russland-Signale, europäische Orientierungslosigkeit und britische Nüchternheit.**

Ein Satz, beiläufig formuliert, kaum kommentiert – und doch politisch aufgeladen. Friedrich Merz spricht von Ausgleich mit Russland, während Europa strategisch orientierungslos wirkt und Großbritannien nüchtern bilanziert, was vom Westen übrig ist. Warum blieb die Reaktion aus – in der CDU wie in den Medien? Und was sagt diese Stille über Vertrauen, Strategie und politische Wirklichkeit im Jahr 2026?

Quelle: [Globalbridge](#)

dazu: **Stimmen aus Russland: Rüttelt Merz an den Grundfesten der westlichen Russland-Legende?**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

7. **MERZOSUR**

Falls Sie da drüben in Deutschland die Absicht hatten, noch verhasster zu werden, als Sie es ohnehin schon waren, dann ist F. Merz in diesem Moment genau der richtige Mann genau am richtigen Platz. (Aber auch nur dann.) Glückwunsch, Deutschland ist in Europa jetzt (fast) wieder so beliebt wie vor 85 Jahren.

Für seine unbegründbare Phantasie, der Niedergang der deutschen Wirtschaft könne durch Warenaustausch mit Südamerika (Gebrauchtwagenhandel?) irgendwie abgemildert werden, lässt dieser demokratische Sonntagsfahrer nicht nur europäische Bauern & Verbraucher, sondern auch elementare Grundsätze der Demokratie über die Klinge springen.

Merz war es, auf dessen Druck hin die zypriotische Ratspräsidentschaft dafür gesorgt hatte, dass das Mercosur-Abkommen noch vor der Abstimmung im Europäischen Parlament – und damit ohne jede demokratische Legitimierung – in Kraft treten sollte. Dieser Versuch wurde heute hier in Straßburg (symbolisch) gestoppt.

Quelle: [Martin Sonneborn via Twitter/X](#)

dazu: **Machtpoker um Mercosur: Wird das EU-Parlament übergangen?**

Wird das Europaparlament das Freihandelsabkommen mit den Mercosur-Staaten ausbremsen? Deutschland und die EU-Kommission fürchten das Schlimmste, die Mehrheitsverhältnisse sind sehr knapp.

Am Mittwoch entscheiden die Abgeordneten bei ihrer Plenartagung in Straßburg, ob

sie ein Gutachten des Europäischen Gerichtshofs zur Vereinbarkeit des Abkommens mit den EU-Verträgen einholen wollen.

Wenn sie sich für eine rechtliche Überprüfung durch den EuGH entscheiden, würde dies die Ratifizierung um mindestens ein Jahr verzögern.

Genau dies will die EU-Kommission jedoch verhindern.

Quelle: [Lost in Europe](#)

8. **Europa hat den Gaslieferanten gewechselt - nicht die Abhängigkeit**

Europa hat seine Gasabhängigkeit von Russland gegen eine neue Bindung an die USA getauscht – mit womöglich ähnlichen Risiken.

Die jüngsten Attacken der Trump-Regierung auf die Europäer und deren Reaktion zeigen: Der alte Kontinent könnte sich in den vergangenen Jahrzehnten in eine gefährliche Abhängigkeit von den USA begeben haben. Das zeigt sich etwa bei der Gasversorgung.

Während die EU hier noch nach außen Zuversicht ausstrahlt, zeigen interne Analysen ein anderes Bild: Europa hat seine Gasabhängigkeit von Russland zwar erfolgreich gesenkt – doch es ist wohl eine neue, womöglich ebenso problematische Bindung an die USA entstanden.

Quelle: [Telepolis](#)

dazu: **Gehäufte Warnungen: Statt Russland: Europa macht sich zusehends abhängig von US-Energie**

US-Flüssiggas ersetzt nicht nur russisches Pipeline-Gas, sondern verdrängt auch andere Lieferanten, zeigt eine aktuelle Analyse. Vor Konsequenzen wird gewarnt. Es hat sich schon länger abgezeichnet, doch inmitten der transatlantischen Spannungen häufen sich die Warnungen: Europa macht sich zunehmend abhängig von US-amerikanischer Energie. Während der Ausstieg aus russischem Gas bis 2027 besiegelt ist, macht sich die EU auf die Suche nach Alternativen. Denn noch fließen erhebliche Mengen an Erdgas, vor allem in verflüssigter Form (LNG), aus Russland. Allzu oft werden die europäischen Abnehmer in den USA fündig.

Quelle: [der Standard](#)

dazu auch: **Rohstoffe sichern? Das eigentliche Problem liegt woanders.**

Die Initiative der USA, gemeinsam mit Europa „kritische Rohstoffe“ zu sichern und Abhängigkeiten von China zu reduzieren, greift zu kurz. Sie verfehlt den zentralen Engpass – und erzeugt damit falsche politische Erwartungen.

- Der Rohstoff-Mythos:

Der Besitz von Minen ist nicht gleichbedeutend mit strategischer Kontrolle. Entscheidend ist nicht der Abbau („Upstream“), sondern die Verarbeitung („Midstream“): Raffination, Verhüttung, chemische Trennung. Genau dort liegt Chinas Dominanz.

- Das Rohstoffparadoxon:
Westliche Staaten verfügen über relevante Lagerstätten, haben aber die industrielle Fähigkeit aufgegeben, diese in nutzbare Materialien zu überführen. Ohne eigene Veredelung sind Minen faktisch Zulieferer für chinesische Schmelzwerke – kein sicherheitspolitischer Hebel.
- Chinas eigentliche Macht:
China kontrolliert nicht primär den Bergbau, sondern bis zu
 - ~90 % der Seltenerd-Trennung,
 - >90 % der Graphitanoden,
 - ~70 % der Lithium-Raffination,
 - ~80 % der Antimon-Verarbeitung.Diese Kapazitäten sind der reale Engpass für Elektromobilität, Energienetze, KI-Infrastruktur und Rüstung.
- Warum „Diversifizierung“ oft Illusion ist:
Auch westliche oder verbündete Minen sind häufig über Abnahmeverträge, Kreditauflagen und Preisbindungen an chinesische Verarbeiter gekoppelt. Geografische Streuung ersetzt keine industrielle Souveränität.

Quelle: [Arno Gottschalk via Twitter/X](#)

9. Der Schock des Entzugs

Ein YouTube-Kanal verschwindet für Stunden, ein Wissenschaftler verliert für Monate oder Jahre den Zugriff auf ein Stück Lebenswerk. Was als technischer Vorgang erscheint, offenbart eine politische Realität, die für Betroffene mit voller Wucht eintritt. Entzug ersetzt Begründung, Verwaltung ersetzt Recht und Neutralität wird zur Abweichung. Der Fall „Neutrality Studies“ und die Sanktionierung des Schweizer Militäranalysten Jacques Baud zeigen, wie fragil Öffentlichkeit und Existenz im digitalen wie im administrativen Raum geworden sind.

Quelle: [Globalbridge](#)

dazu: Von Guillou bis Baud - Wie die EU ihre eigenen Werte sanktioniert

Vor zwei Monaten veröffentlichte Le Monde ein ganzseitiges Interview mit Nicolas Guillou. Der französische Staatsbürger ist Richter am Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) und unterliegt in dieser Funktion den von Washington beschlossenen Sanktionen.

Unabhängig davon, was man vom IStGH hält, kann man nur empört sein über die kafkaesken Konsequenzen, die Richter Guillou in seinem täglichen Leben zu spüren bekommt. Er darf nicht nur nicht in die Vereinigten Staaten reisen, sondern es ist ihm faktisch verboten, sich – selbst zu privaten Zwecken – in weiten Teilen der Welt zu bewegen. Vor allem sind seine Bankkonten eingefroren, er kann seine persönlichen Rechnungen nicht bezahlen und keine Bankkarte besitzen, was ihn zu einem echten Paria macht.

Quelle: [RT DE](#)

Anmerkung Christian Reimann: Bitte lesen Sie dazu auch [Auch Scott Ritter wurden nun die Konten gekündigt – diese Praxis muss verboten werden](#).

dazu auch: Wie der “Fall” Baud und andere möglich wurden und wer die Verantwortung trägt

Fast immer wird die Europäische Kommission als die dafür schuldige Institution an den Pranger gestellt. Das ist falsch, und es ist politisch hochgefährlich. Natürlich stellt sich die Kommission öffentlich gerne als die „Spinne im Netz“ dar. Aber die EU ist komplizierter. Man kann, ja muss, jede Institution einschließlich der Europäischen Kommission für das kritisieren, was sie verbocken. Aber alles, was einem an der EU nicht passt, der Kommission in die Schuhe zu schieben, zeigt nur, dass das Unbehagen gegenüber der EU sehr groß, aber der Wissenstand über die tatsächlichen Vorgänge in der EU eher bescheiden ist.

Was nun die jüngsten Sanktionsentscheidungen des Rates gegen -vereinfacht ausgedrückt – „Sprachrohre des Kremls“ betrifft: Die Kommission hat damit gar nichts zu tun.

Quelle: [Petra Erler](#)

und: EU-Sanktionierung von Jacques Baud: Ist Veröffentlichung seiner Bücher und Interviews jetzt strafbar?

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

10. Armut ist eine Systemfrage: Ein Gefühl von Ausschluss

Wenn zum Jahresende kostenlos Gänsekeulen verteilt werden, verfestigt sich das

Gefälle von Arm und Reich. Und die Systemfrage wird ausgelagert.

Der Musiker Frank Zander und weitere Promis servieren jedes Jahr Weihnachtsgänse, das Kinderhilfswerk Arche in Berlin verteilt Geschenke an „bedürftige“ Kinder, die Berliner Tafel verschenkt Gutscheine und Lego-Sets. Selbst das Hofbräuhaus am Berliner Alexanderplatz lädt bedürftige Familien am Heiligabend zum Essen ein. Ich bin eine solche „Bedürftige“ und trotzdem frage mich immer wieder: Bin ich die Einzige, der all das aufstößt?

Quelle: [taz](#)

dazu: **Schnittstelle der Entwertung**

Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, empfinden den Kontakt mit dem Jobcenter oft als demütigend — sie spüren, dass sie hier zur Verfügungsmasse degradiert werden.

Wer in Deutschland in das Jobcenter-System gerät, betritt nicht einfach eine Behörde. Er betritt eine eigene Wirklichkeit, in der Sprache, Zeitgefühl und Selbstbild sich verschieben. Viele nennen es weiterhin „Arbeitsamt“, obwohl es längst anders organisiert ist; der alte Begriff trifft aber etwas, das tiefer sitzt: die Erfahrung, dass der Staat an dieser Stelle nicht als Partner erscheint, sondern als Instanz, die prüft, sortiert, anweist, sanktioniert. Und selbst wenn man die Mitarbeiter als Einzelne außen vor lässt, selbst wenn man die guten Begegnungen nicht unterschlägt, bleibt eine Grundstruktur: Hilfe wird im Jobcenter nicht als selbstverständliche gesellschaftliche Verpflichtung verstanden, sondern als Ausnahmezustand, der Verwaltung, Begründung und Kontrolle auslöst. Bedürftigkeit ist nicht einfach ein Fakt, sie ist ein Verdacht, der widerlegt werden muss. Der Antragsteller wird nicht nur unterstützt, er wird gleichzeitig in ein Raster eingeordnet, das ihn dauerhaft definieren kann.

Quelle: [Günther Burbach auf Manova](#)

dazu auch: **Prekäres Paralleluniversum**

Der wachsende Niedriglohnsektor zeigt: Wenn jemand aus der Arbeitslosenstatistik herausgefallen ist, bedeutet das noch lange nicht, dass er ein menschenwürdiges Leben führen kann.

Es gab eine Zeit, in der Erwerbsarbeit in Deutschland nicht erklärt werden musste. Sie funktionierte einfach. Ein Lohn, oft aus einem einzigen Arbeitsverhältnis, reichte aus, um eine Familie zu ernähren. Nicht luxuriös, nicht sorgenfrei, aber stabil. Die Miete war bezahlbar, der Kühlschrank gefüllt, Urlaube waren selten, aber möglich.

Rücklagen entstanden langsam, aber sie entstanden. Arbeit bedeutete Teilhabe, nicht Rechnen bis zum Monatsende. Viele ältere Menschen erinnern sich noch gut daran.

Sie erzählen von Werkshallen, Verwaltungen, Handwerksbetrieben, in denen ein normales Einkommen genügte, um ein Leben aufzubauen. Nicht jeder war wohlhabend, aber die meisten waren abgesichert. Krankheit bedeutete kein sofortiges finanzielles Risiko. Arbeitslosigkeit war ein Bruch, aber kein Absturz. Wer arbeitete, gehörte dazu, sozial, wirtschaftlich, gesellschaftlich. Diese Ordnung war kein Zufall und kein Geschenk des Marktes. Sie beruhte auf klaren Strukturen:

Quelle: [Günther Burbach auf Manova](#)

und: **Bürgergeld-Verschärfung trifft Kinder: Experten warnen vor dramatischen Langzeitfolgen**

Die Bürgergeld-Reform hat die nächste Etappe erreicht. Nun diskutiert der Bundestag den Gesetzentwurf von Union und SPD. Vor der ersten Lesung warnen Verbände jedoch vor den Folgen. Besonders im Fokus sind dabei die rund 1,8 Millionen Kinder und Jugendlichen, die im Leistungsbezug sind. Bei Sanktionen werden in „Mithaftung“ genommen, kritisiert etwa das Deutsche Kinderhilfswerk.

Quelle: [Merkur](#)